

*Mehrere Abgeordnete und Senatoren stehen unter der Anklage, mit den rechten Terrorgruppen der Paramilitärs(AUC) verbündet gewesen zu sein.  
Der in Untersuchungshaft sitzende Anführer der AUC Salvatore Mancuso hat mit seinen Geständnissen offenbart, in welchem erschreckendem Ausmaß die Gesellschaft und die Staatsorgane Kolumbiens von diesen Verbindungen korrumpiert sind.  
Das Magazin SEMANA zeigt auf, wie tief der Terrorismus in die Gesellschaft eingedrungen ist und was auf das Land zukommen wird, wenn auch die Durchdringung der Gesellschaft durch den „linken“ Terror aufzuarbeiten sein wird.*

### **Der Pakt mit dem Teufel (Auszüge, SEMANA vom 22.1.07)**

Am 23. Juli 2001, in der erstickenden Hitze der Ebene von Córdoba, verband ein Teil des kolumbianischen Staates sein Schicksal mit einer der gefürchtetsten kriminellen Organisationen der jüngeren Geschichte des Landes.

Auf einer kurz vorher errichteten Finca, wenige Kilometer vom Ort Santa Fé de Ralito entfernt, trafen sich die Chefs der Paramilitärs, die ein illegales Heer von 15000 Mann anführten, mit 11 Abgeordneten, zwei Gouverneuren, drei Bürgermeistern, mehreren Ratsmitgliedern und Inhabern öffentlicher Ämter. Es waren insgesamt 32 Personen, abgeschirmt durch drei Bewachungsringe.

Die Politiker waren zusammengerufen worden von Salvatore Mancuso, Oberster Stabschef der AUC, „Don Berna“, Generalinspekteur der AUC und „Jorge 40“, Kommandeur des Nordblocks dieser Organisation, um eine Vereinbarung zu unterzeichnen, die beabsichtigte, „unser Vaterland neu zu gründen“ und „einen neuen sozialen Vertrag“ zu schließen.....

Nur zwei Monate zuvor hatten 150 Mitglieder von Spezialeinheiten der Armee und 40 Angehörigen der Spezialkräfte der Staatsanwaltschaft die bis dahin größte Offensive gegen das Herz der AUC in Montería begonnen. Sie verfolgten Salvatore Mancuso und Carlos Castaño. Diese waren damals die meistgesuchten Männer in Kolumbien. Gegen sie lagen Auslieferungsersuchen wegen Drogenhandels vor und die kolumbianische Justiz verfolgte sie wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Mancuso und Castaño führten eine Kriegsmaschinerie an, die militärisch organisiert war und die aufgebaut worden war für einen Kampf gegen die Guerrilla und die Ausrottung der Zivilbevölkerung.

Das Blutvergießen vor dem Treffen hätte nicht erschütternder sein können. In den 5 Jahren zuvor hatten die Paras mehr als 250 Massaker verübt, denen mehr als 1700 Menschen zum Opfer fielen, so die Zahlen der Behörden.....

Zuletzt hatten sie dabei Folterungen zum öffentlichen Spektakel gemacht. Dieser makabre Hintergrund schien aber die Politiker nicht zu stören.

Damals hatte die militärische Expansion der Paras das Land bewegt. Mit 10 Blöcken, einem Oberkommando und Präsenz in 20 Departements fehlte den AUC nur noch ein

weiterer Schritt: Die Macht politisch abzusichern. Und deswegen veranstalteten sie das Treffen von Ralito.

Die vier Seiten Papier, die den Blutpakt zwischen Politikern und Paramilitärs ausmachten, waren seit zwei Monaten das meistgesuchte Dokument in Kolumbien, als Senator Miguel de la Espriella, einer der Unterzeichner, seine Existenz offenbarte. Für die Presse, die den Para-Politik-Skandal aufgedeckt hatte, war das Dokument der schlagende Beweis dafür, dass der Paramilitarismus ein trojanisches Pferd ins Herz der Demokratie gesetzt hatte. Während in den Redaktionen alle besessen waren, dieses Hauptstück des Rätsels zu finden, waren 32 Exemplare wohlbehütet im Besitz der 32 Teilnehmer an dem Treffen in Ralito.

Mit dem Geständnis Mancusos begann das Rad zu rollen, dessen Existenz viele Kolumbianer vermuteten, aber woran sie nicht glauben mochten: Dass ein großer Teil des Staates der Dialektik des paramilitärischen Terrors unterworfen war. Und die Politiker waren das letzte Glied in einer Kette der Komplizenschaft.

Vergangene Woche enthüllte Mancuso, worin die Ursünde des Staates gegenüber den Paras bestand: In der Allianz von Teilen der Streitkräfte mit dieser mächtigen kriminellen Gruppe. Mancuso schilderte, wie Offiziere von Heer, Luftwaffe, Marine und der Polizei Paras auf ihren Lastwagen transportierten, Listen für Massaker und individuelle Morde erstellten, Kämpfer der AUC ausbildeten und ihnen für künftige Drangsalierungen der Zivilbevölkerung die Waffen zu Verfügung stellten.

Namen, die das Land bisher mit Mut und Heldentum als Feldmaschälle im Kampf gegen die Unterwanderung assoziierte, erscheinen heute als Teil eines illegitimen Krieges, dessen Speerspitze die Paramilitärs sind.

Der General Alfonso Manosalva, an dessen Brust keine weiteren Orden Platz haben, unterstützte laut Mancuso die Massaker von Ituango, als er Kommandeur die 4. Brigade in Medellín war. Oberst Jorge Eliécer Plazas, der Aufklärungsoffizier in Urabá war, gab Namen späterer Mordopfer weiter. General Quiñonez hatte den Zugang der Paras nach El Salado ermöglicht, die dort das Massaker an 30 Bauern verübten. In seinem Geständnis nannte Mancuso nicht die Namen Dutzender weiterer Offiziere, die über 10 Jahre die Ausbreitung der Paras unterstützten, aber er gab genügend Hinweise für entsprechende Ermittlungen der Staatsanwaltschaft.

Die Militärs, die Mancuso nannte, bilden nur die Spitze des Einbergs. Seit dem Entstehen des Paramilitarismus am Mittleren Magdalena in den 80er Jahren, während seines Wachstums in den 90ern und seiner Konsolidierung seit 2000, winden sich die Namen bedeutender Generäle wie Faruk Yanine Díaz, Iván Ramírez oder Rito del Río um dieses dunkle Kapitel unserer Geschichte.....

Diese historische Beziehung einiger Bereiche der Streitkräfte zu den AUC lässt das Dokument von Ralito zu einem Instrument der Destabilisierung der Demokratie werden. Die Unterschriften waren nichts anderes als die politische Untermauerung einer militärischen Strategie. Es war ein perverses Projekt und deswegen, so versicherte einer der Anwesenden bei dem Treffen SEMANA, zitterte mehreren die Hand, als sie unterschrieben.

Mit dieser geheimen Agenda unter dem Arm verließen die Politiker den entlegenen Ort und ein jeder kehrte zu seinen öffentlichen Ämtern zurück.....

Und die Para-Chefs kehrten in die Wälder zurück, um dort die effektivste militärische Wahlkampagne zu entwerfen, die sie nach eigener Schätzung dazu brachte, 35% des Kongresses (beide Kammern, Senat und Abgeordnetenhaus, A.d.Ü.) unter Kontrolle zu bekommen.

Für alle Unterzeichner des Dokuments ging die Wahl gut aus. Auch wenn im Text keine Wahlstrategie dargelegt wird, rufen seine Postulate, aufgespießt auf Gewehrläufe, doch beim Leser Erstarren hervor. Was wollen sie damit sagen, dass sie die „nicht rückgängig zu machende Aufgabe, das Vaterland neu zu gründen“ übernehmen? Worin besteht der „neue soziale Vertrag“, von dem sie sprechen? Was ist dieses „Neue Kolumbien“, das sie als Herausforderung hinstellen?

Bedeutet diese „Neugründung des Landes“ die Zerstörung seiner derzeitigen Institutionen? Zielt der „neue soziale Vertrag“ darauf ab, den sozialen und liberalen Staat, den uns die Verfassung garantiert, zu unterwandern?.....

Aber das vielleicht Beeindruckendste an dem Dokument ist, dass die Teilnehmer an dem Treffen in Ralito die Verpflichtung auf sich nehmen, „die Staatsziele der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, der Erhaltung der territorialen Integrität und die Garantie des friedlichen Zusammenlebens und eine gerechte Ordnung“ zu garantieren. Alle diese Aufgaben fallen laut Verfassung dem Staat zu.

Könnte es sein, dass man daran dachte, die legitime öffentliche Gewalt zu ersetzen durch eine paramilitärische Gewalt, die durch den Drogenhandel finanziert wird?

War das Ziel eine Allianz zwischen Militärs und Paramilitärs, gestützt durch einen Sektor der Politik, um auf diese Weise die damaligen Verhandlungen zwischen der Regierung Pastrana und der FARC in Caguán zu sabotieren?

Jede der hier genannten Hypothesen ist möglich. Daher ist es bedauerlich, wenn Innenminister Carlos Holguín den Medien sagt, an dem Dokument sei „nichts Ungehöriges“ .....

Auch weil Teilnehmer an dem Treffen mit Erklärungen an die Öffentlichkeit traten, ihre Anwesenheit habe aufgrund von Druck, Angst oder wegen der Komplexität des Konflikts in der Region stattgefunden, ist es unzureichend, wenn der zuständige Minister sich der Sache in so banaler Weise widmet.

Der größte Teil der politischen Unterzeichner des Dokuments und der weiteren in den Para-Politik-Skandal Verwickelten stammt aus Departements, die von der Gewalt heimgesucht wurden. Einer der Abgeordneten, der an dem Treffen teilnahm, äußerte offen die Ansicht, dass die AUC in jener Zeit die einzige Autorität in der Region waren. Obwohl sicher ist, dass der Schatten des Paramilitarismus sich über das gesamte Land gelegt hat und dass in einigen Regionen die Präsenz des Staates spärlich ist, rechtfertigt eine solch komplizierte regionale Lage in keiner Weise eine Komplizenschaft mit kriminellen Strategien.

Es ist eine Ironie, dass diejenigen, die die Verantwortung dafür trugen, den Staat in den Regionen zu repräsentieren, wie jene Gouverneure, Bürgermeister und Senatoren, die der Abmachung mit den AUC beitraten, heute die Hegemonie der Paras mit der Abwesenheit des Staates rechtfertigen wollen. Das heißt doch: Der Staat ist nicht präsent, weil wir, die Politiker unfähig waren, ihn zu verkörpern. Es handelt sich um eine regionale politische Klasse, die sich im Klientilismus eingerichtet hatte und die die Macht annimmt als eine Chance, ein Stückchen von den öffentlichen Finanzen zu erhaschen. Eine politische

Klasse, die heute die Zerbrechlichkeit des Staates beklagt, den sie selbst zu schwächen und zu entlegitimieren sich befließigt hat. Und eine Klasse, die heute eine schändliche Episode unserer Demokratie klein reden will, obgleich sie für sie schwere strafrechtliche Konsequenzen haben kann.

Dieses Dokument hat eine symbolische Dimension, die zeigt, wohin sich die ethischen und moralischen Grenzen einiger Regierender verschoben haben. Aber es hat auch eine rechtliche Dimension für jeden Unterzeichner. Für Alfonso Gómez Méndez, den früheren Generalstaatsanwalt, umfasst die Übereinkunft zwei Delikte: Die Unterlassung der Anzeige, weil es sich bei den AUC-Vertretern um vor der Justiz Flüchtige handelte sowie Komplizenschaft mit kriminellen Vereinigungen. Andererseits vertritt ein früherer Verfassungsrichter die Auffassung, es liege auch das Delikt der Förderung krimineller Aktivitäten vor, da die unterzeichnenden Politiker die Paras gefördert hätten.

Es liegt in den Händen des obersten Gerichts, gegen die 11 Abgeordneten und die Beamten, Bürgermeister und Gouverneure zu ermitteln.

Es wird jedoch nicht genügen, wenn das Gericht eine harte exemplarische Strafe verhängt. Bei dieser Art von Strafprozessen, anlässlich derer das Land in einen kollektiven Läuterungsprozess eintritt und in den Spiegel seiner eigenen Realität schaut, ist es fundamental, alle Gesichter der Wahrheit anzusehen. Und bis jetzt hat der Kopf die Wahrheit angenommen. Das Geständnis von Salvatore Mancuso, der vergangene Woche das Land und die ganze Welt damit überfuhr, dass er 336 Verbrechen detailliert schilderte, ist nur das Vorwort zum Buch der Wahrheit, das noch darauf wartet geschrieben zu werden.

Mancuso hat noch viel mehr zu gestehen. Und hoffentlich wird seine wohl kalkulierte Strategie der Verteidigung nicht dazu führen, dass einige Kapitel des Buches in der Vergessenheit verschwinden werden- wie z.B. der Mord an Jaime Garzón (beliebter kritischer Fernsehkabarettist und -journalist, A.d.Ü.)- die noch immer ungesühnt sind. Nach der Erklärung Mancusos werden jene von „Jorge 40“, „Don Berna“, Ramón Isaza und weiteren 50 Chefs der Paras folgen, die sich vor den Staatsanwälten präsenieren müssen. Angesichts der Lawine, die auf uns zukommt, werden wir Kolumbianer und an eine gehörige Dosis Wahrheit gewöhnen müssen, so unglaublich und unverdaulich sie auch sein mag.

Die Wahrheit soll nicht nur dazu dienen, ein historisches Zeugnis abzulegen oder Schuldige zu bestrafen. Die Wahrheit ist vor allem fundamental, damit diese Geschehnisse sich nicht wiederholen.

Denn das Land, will es eines Tages aus der Spirale der Gewalt aussteigen, kann nicht weiterhin Pakte mit dem Teufel schließen.